

Multilaterale Akzente

Editorial

Die Schweiz hat bereits während Jahrzehnten als Nichtmitgliedsstaat mit den Bretton Woods Institutionen (BWI) und der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) eng zusammen gearbeitet und diese finanziell unterstützt. 1982 fällte der Bundesrat den Grundsatzentscheid über den Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods Institutionen, es dauerte allerdings 10 Jahre bis die Schweiz den BWI beigetreten ist. Die Mitgliedschaft bei den Bretton Woods Institutionen wurde als positives Zeichen wahrgenommen und war ausschlaggebend für einen weiteren Versuch sich auch der UNO anzuschliessen. Im Jahr 2002 trat die Schweiz der UNO bei. Seit ihrem Beitritt ist die Schweiz auf der internationalen Bühne sichtbar geworden und wird als engagiertes, aktives und innovatives Mitglied in den Organisationen wahrgenommen. Durch die Mitgliedschaft der Schweiz kann sie zur Lösung regionaler und globaler Probleme entscheidend beitragen und gleichzeitig ihre nationalen Interessen und Anliegen in den Organisationen vertreten. Die Schweiz verfolgt mit ihrem Engagement vor allem eine effiziente operationelle Arbeit der Organisationen im Feld. Deshalb engagiert sie sich aktiv in den verschiedenen Reformprozessen. Als Vollmitglied hat die Schweiz die Möglichkeit, im gesamten Entscheidungs- und Umsetzungsprozess mitzubestimmen. Die Einflussnahme der Schweiz ist proportional grösser als ihr finanzielles Engagement, dies zeigt, dass sie als Partner sehr geschätzt wird. Die aktive Teilnahme in den beiden Organisationen ist sehr wichtig für die Schweiz. Sie kann dadurch ihre Entwicklungsziele besser verfolgen und ein wirksames Beziehungsnetz zu anderen Mitgliedsländern aufbauen.

OLIVIER BÜRKI
PHILIPPE SAS

Bemühungen um Kohärenz

UNO: zehn Jahre mitten im System



*Der Saal der UNO-
Generalversammlung
in New York, August
2012. Als UNO-Mitgliedsstaat kann die
Schweiz nicht nur
mitreden, sondern
auch mitentscheiden.*

Foto: UNO/JC Mc Ilwaine

PERSPEKTIVEN Während ihrer 10-jährigen Mitgliedschaft hat sich die Schweiz als geschätzte Partnerin in der UNO etabliert. Sie tut das, was sie am besten kann: Brücken bauen und einen Konsens aushandeln.

Wir befinden uns in einem Untergeschoss des UNO-Gebäudes in New York. Im kleinen, fensterlosen Saal Nummer 7 mit verblasstem Teppich und gelblichen Mauern ist nichts vom Lärm der Stadt zu vernehmen. Etwa zehn Verhandlungspartner sitzen um einen runden Tisch. Darunter sind Vertreter der USA, der Europäischen Union und der G77¹. Kanada, Neuseeland und Australien vertreten eine gemeinsame Position. Russland, Japan, Mexiko, Norwegen und auch die Schweiz sind ebenfalls anwesend. Der kleine Ausschuss, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, überprüft alle vier Jahre den Rechtsrahmen für die Entwicklungstätigkeit der UNO. Die Schweiz war 2001, 2004 und 2007 Fazilitatorin dieser Gespräche. Fragt man Nadia Isler, erste Sekretärin in der ständigen Mission der Schweiz bei der UNO in New York, welchen Platz die Schweiz in der UNO einnimmt, dann verweist sie gerne auf die Verhandlungen, die sie 2007

im Raum Nummer 7 führte. Dabei betont sie zwei Punkte: Dass die Stimme der Schweiz gleich viel zählte wie die Stimme der grossen Länder und dass die Schweiz als Fazilitatorin wirkte. «Auch wenn diese Rolle einer Person übertragen wird, ist es doch ein Zeichen des Vertrauens aller anderen Länder», sagt sie. «Diese Verhandlungen dauern zwei bis drei Monate und sind enorm wichtig, weil die UNO-Organisationen auf dieser Grundlage ihre Strategiepläne erarbeiten, die ihre Tätigkeit und ihre Koordination vor Ort prägen». Die nächste der alle vier Jahre stattfindenden Überprüfung, die als QCPR bezeichnet wird (Quadriennial Comprehensive Policy Review), findet diesen Herbst statt².

Anerkannter Partner

Die Schweiz war schon Mitglied und Geldgeber von UNO-Organisationen, bevor sie 2002 Vollmitglied der Organisation wurde. In New York «hatten wir aber ein Legitimitätsdefizit», erzählt Olivier Chave, der zum Zeitpunkt des Beitritts und noch bis 2004 in der Schweizer Mission arbeitete. Heute ist er Botschafter in Tansania. «Niemand

¹ Zur Gruppe der 77 gehören derzeit 131 Entwicklungsländer.

² <http://www.un.org/esa/coordination/2012qcpr.htm>

hätte uns vorwerfen können, dass wir die Tätigkeit der UNO nicht unterstützen. Wir waren bei informellen Gesprächen zur Vorbereitung von Resolutionen willkommen, aber man konnte unsere Meinung ohne weiteres übergehen, weil wir nur Beobachter waren. Nach dem Beitritt wurden wir schnell zu einem anerkannten Partner». In der UNO hat jedes Land eine Stimme, ein Grossteil der Mitglieder arbeitet aber in Gruppen (Europäische Union, G77 usw.). Die Schweiz wurde als neutrales, von jeglichen Gruppen unabhängiges Land bald gebeten, als Schiedsrichter und Brückenbauer zu wirken.

Ihre Rolle beschränkt sich aber nicht auf die Konsenskultur. «Wir sind sehr aktiv in allen Fragen, die mit der Kohärenz der UNO-Tätigkeit zu tun haben», betont Nadia Isler. Dies erklärt die aktive Rolle der Schweiz bei den QCPR, aber auch bei Beschlüssen zu Entwicklungsaspekten der UNO-Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC). Zentral ist auch die Präsenz der Schweiz in den Verwaltungsräten der von ihr mitfinanzierten

Organisationen: «Auf diesen drei Stufen – Generalversammlung, ECOSOC, UNO-Organisationen – achten wir darauf, dass Verpflichtungen eingegangen und auch wirksam umgesetzt werden», sagt Nadia Isler. Wir arbeiten mit den DEZA-Büros in den betreffenden Ländern zusammen, die uns über die Umsetzung der Programme der UNO-Organisationen informieren. Wenn Lücken bestehen, können wir diese Information weiterleiten». Durch diese Kanäle hält sich auch die Mission in New York über die Realität in den Empfängerländern auf dem Laufenden. Viele Länder kennen keine solche direkte Verbindung. Wir hören immer wieder, auch von NGO, die im UNO-Umfeld arbeiten, dass die Nähe zu den Projekten vor Ort der Schweiz zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht. Umso mehr, als die Mitarbeitenden der Mission, die für Entwicklungsfragen zuständig sind, aufgrund der institutionellen Vorgaben ihre Fähigkeiten zuerst in der bilateralen Hilfe unter Beweis stellen mussten, bevor sie für eine Tätigkeit in der multilateralen Hilfe in Richtung Manhattan aufbrachen.

UNICEF UND KINDERSCHUTZ

Die Schweiz engagiert sich seit Jahrzehnten aktiv im Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und beteiligt sich auch an dessen Budget. Seit 2007–2008 wurde diese Unterstützung durch ein gezieltes Engagement zum Schutz von Kindern vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung verstärkt. Dieses war Teil einer weiter gefassten Initiative des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), die zur Schweizer Strategie für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten für den Zeitraum 2009–2012 führte.¹ In diesem Kontext wurde UNICEF zum Schlüsselpartner für den Schutz von Kindern bestimmt. Die Schweiz unterstützte die Organisation bei der Ausarbeitung einer Strategie zu diesem Thema und bei der Stärkung ihrer Arbeit vor Ort. Die DEZA engagierte sich im Verwaltungsrat, indem sie einen Dialog innerhalb der UNICEF lancierte und andere Geberländer für das Thema Kinderschutz mobilisierte.

Unterstützung für dieses Thema ist umso wichtiger, als Ergebnisse gemäss DEZA nur langfristig und schwierig zu beziffern sind. Damit besteht die Gefahr, dass die Problematik wieder an Aufmerksamkeit verliert.

Die UNICEF hat von der UNO-Generalversammlung den Auftrag, sich für den Kinderschutz einzusetzen. Mehr als zwanzig internationale Abkommen (ohne Zusatzprotokolle) stehen in Zusammenhang mit diesem Thema. Als Vollmitglied der UNO hat die Schweiz die Möglichkeit, im gesamten Entscheidungs- und Umsetzungsprozess mitzubestimmen. Dank dieser Arbeit und vor allem dem strategischen Dialog mit der UNICEF, kann die Schweiz zudem ihre Kenntnisse erweitern und vertiefen. Die DEZA will ihre Partnerschaft mit der UNICEF im Bereich Kinderschutz weiterführen und ausbauen.

¹ <http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/doc/publi/ausssen.Par.0010.File.tmp/EDA%20Schutz%20der%20Zivilbevoelkerung%20f.pdfSchutz%20der%20Zivilbevoelkerung%20f.pdf>

Einfluss durch Kompetenz

Die Schweiz hat nicht die Kapazität, alle Entwicklungsdossiers der UNO zu verfolgen. Wie zahlreiche andere Länder konzentriert sie sich auf Themen, bei denen sie über besonderes Know-how verfügt. Denn «Einfluss kann nur haben, wer kompetent ist», sagt ein Diplomat, der in New York stationiert war. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2013–2016, die in der Herbstsession 2012 dem Ständerat unterbreitet wird, neun Themen vorgeschlagen³. Dazu gehören beispielsweise Transitionsprozesse (insbesondere Rechts- und Schutzaspekte), den Genderansatz, die gegenseitige Rechenschaftslegung (der Geberländer gegenüber ihrer Bevölkerung, der Empfängerländer gegenüber der UNO usw.), die Beziehungen zu den Organisationen und Programmen und alles, was mit einer effizienten Koordination zu tun hat.

«Die Schweiz will ihr Engagement bei der UNO im Entwicklungsbereich in verschiedener Hinsicht verstärken», erklärt Olivier Bürki, Chef der Abteilung Globale Institutionen bei der DEZA. Institutionen, die Normen und Standards festlegen, sowie globale Themen wie Klima, Wasser, Ernährungssicherheit und Migration sollen mehr Gewicht erhalten. Der Bereich Evaluation soll gestärkt werden, damit folgende Fragen schlüssig beantwortet werden können: Entsprechen die UNO-Programme den Zielen und den Interessen der Schweiz? Werden die Beiträge der Schweiz sinnvoll eingesetzt? Wie lässt sich die Wirksamkeit der UNO-Organisationen verbessern?

Obwohl die Schweiz damals noch nicht Mitglied der UNO war, gehörte sie ab 1946 verschiedentlich dem Exekutivrat von UNO-Organisationen wie beispielsweise der UNICEF an und konnte dort mitbestimmen. Durch den UNO-Beitritt erhielt sie aber Zugang zu den wichtigen Schaltzentralen des gesamten Systems, das über den einzelnen Organisationen steht. Dazu gehört auch das QCPR, das alle vier Jahre die operativen Leitplanken neu festlegt. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, erneut die strategische Funktion als Fasilitatorin zu übernehmen. ■

³ 1. Konflikttransformation und Krisenresistenz, 2. Gesundheit, 3. Wasser, 4. Grund- und Berufsbildung, 5. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, 6. Privatsektor und Finanzdienstleistungen, 7. Staatsreform, Lokalverwaltung und Bürgerbeteiligung, 8. Klimawandel, 9. Migration.

«Als Mitglied von IWF und Weltbank spielen wir in der ersten Liga»



Bankschalter in Pakistan. Bei der Weltbank insistiert die Schweiz auf gute Regierungsführung im privaten und öffentlichen Finanzsektor.

Foto: Curt Carnemark/
Welt Bank

einen Sitz der «Dritten Welt» zu beanspruchen oder es über die rasche Bildung einer eigenen Ländergruppe zu versuchen. Gleichzeitig war in der Schweiz ein Referendum von Entwicklungsorganisationen hängig, das von der nationalistischen Rechten unterstützt wurde. Schliesslich stimmte das Schweizer Volk dem Beitritt mit 56 % zu. Die Schweiz konnte nach längeren Verhandlungen fünf zentralasiatische Länder und Polen für sich gewinnen, eine beachtliche Quote (und damit entsprechende Stimmrechte) aushandeln und gegen den anfänglichen Widerstand der USA die Schaffung eines 24. Sitzes im Exekutivrat durchsetzen. Selbst die Medien, die den Beitritt kritisch verfolgten, begrüßten diesen Erfolg.

Die Schweiz stand somit an der Spitze einer sehr heterogenen Stimmrechtsgruppe mit Aserbaidschan, Kirgistan, Polen, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Inzwischen sind Kasachstan und Serbien dazugestossen und Usbekistan hat die Gruppe im IWF verlassen. Die durch den Zerfall des Ostblocks im Jahr 1991 bedingte Zusammensetzung wurde in der Schweiz regelmässig kritisiert, weil einige dieser Länder in Sachen Demokratisierung und Menschenrechte eine durchzogene Bilanz aufwiesen. In den Finanzinstitutionen jedoch «konnte sich die Gruppe gerade wegen dieser Vielfalt

¹ Siehe dazu Daniel Kaesers Buch «La longue marche vers Bretton Woods», Georg Editeur, Genf, 2003.

BILANZ Nach zwanzig Jahren Mitgliedschaft in den Bretton Woods-Institutionen ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Welchen Beitrag hat die Schweiz geleistet?

Als erster Exekutivdirektor der Schweiz bei der Weltbank musste Jean-Daniel Gerber 1992 schnell das heikle Gleichgewicht zwischen den Interessen der Schweizer Stimmrechtsgruppe und den Interessen unseres Landes finden. Paradoxerweise erwies sich die dazu notwendige Konsenssuche längerfristig als Vorteil.

Nichts zu sagen

Ein kurzer Rückblick: 1982 fällte der Bundesrat den Grundsatzentscheid über den Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods-Institutionen. Es war das fünfte Mal seit 1947, dass er diese Frage prüfte. Bis ein Konsens mit der Politik und der Finanzwelt erreicht wurde, dauerte es allerdings ein weiteres Jahrzehnt. Worin lagen die Risiken eines Beitritts für die Schweiz und insbesondere für den Finanzplatz Schweiz? Und worin die Risiken eines Nicht-Beitritts? Die Bretton-Woods-Organisationen wurden von der Schweiz bereits finanziell unterstützt, hatten aber in gewissen Kreisen der Entwicklungszusammenarbeit keinen guten Ruf. «Wir hatten einen Beobachterstatus», erinnert sich Daniel Kaeser, der als hoher Beamter der Eidgenössischen Finanzverwaltung damit beauftragt war, das Bewerbungsdossier zu verfassen.¹ «Wir waren sozusagen das am freundschaftlichsten verbundene

Nicht-Mitglied. Mit anderen Worten: Wir hatten nichts zu sagen». Man war sich zunehmend einig, dass bei einem Festhalten am Status quo vor allem die Gefahr einer Isolation der Schweiz bestand, dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Multilateralismus an Bedeutung gewann.

Wenn schon, dann ein Sitz für die Schweiz

Wenn die Schweiz wirklich Einfluss nehmen wollte, musste sie nicht nur Mitglied werden, sondern auch einen Sitz in den ähnlich zusammengesetzten Leitungsorganen von IWF und Weltbank anstreben. Das Problem: 1992 waren alle 22 Sitze bereits besetzt, zudem sollte Russland nach der Auflösung der Sowjetunion ausnahmsweise einen 23. Sitz erhalten. Der kleinen Schweiz blieb einzig die Möglichkeit,

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Der Bundesrat kündigte in seiner Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2013–2016 an, dass die Gouvernanz zu den Querschnittsthemen gehört, die die Schweiz fördern will. Dieser Bereich beinhaltet Transparenz in Wirtschaftsfragen sowie den Kampf gegen Korruption und Diskriminierung. Im IWF und der Weltbank setzt sich das SECO für transparente öffentliche Finanzen ein (siehe Kasten «Finanzen und Steuern: Schweizer Know-how»). In der Privatwirtschaft engagiert sich das SECO mit verschiedenen Partnern (u. a. der Internationalen Finanz-Corporation, die zur Weltbankgruppe gehört) für die Förderung des unternehmerischen Know-hows¹, insbesondere durch die Unterstützung des «Global Corporate Governance Forum», einer Bildungs- und Austauschplattform für Unternehmen aus Schwellen- und Entwicklungsländern.

¹ <http://www.seco-cooperation.admin.ch/themen/investitionen/index.html?lang=de>

Gehör verschaffen», sagt Jean-Daniel Gerber, der bis 1997 Exekutivdirektor der Schweiz bei der Weltbank war. «Wir mussten bereits innerhalb unserer sehr heterogenen Gruppe eine gemeinsame Position finden, und dieser Konsens war manchmal für alle annehmbar.» Michel Mordasini, Exekutivdirektor von Ende 2006 bis März 2011 (und heute Vizedirektor und Leiter des Direktionsbereichs Globale Zusammenarbeit der DEZA), machte dieselbe Erfahrung.

Ziel Entwicklung

Die Ziele der Schweiz waren zum Zeitpunkt des Beitritts nicht sehr konkret. Zu diesem Schluss kam die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, die 2003 Bilanz über die zehnjährige Mitgliedschaft zog². Die einzige Vorgabe bestand darin, gemäss dem Bundesgesetz von 1991 über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods «bei den Stellungnahmen und Entscheiden, welche die Entwicklungsländer betreffen, für die schweizerische Position die Grundsätze und Ziele der schweizerischen

Entwicklungspolitik zu berücksichtigen». Daniel Kaeser erinnert sich: «Als zum Beispiel der IWF von den Empfängerländern drastische Reformen verlangte, unterstützte die Schweiz die Schaffung von gezielten Sicherheitsnetzen zum Schutz der Ärmsten.» Später musste er feststellen, dass diese Hilfe nicht immer in die richtigen Taschen floss. «Das Problem des IWF besteht darin, dass die Exekutivdirektoren weit weg vom Feld sind», meint er dazu. Seine Überzeugungen hat dies nicht erschüttert. Auf die Frage, wie er die Beteiligung der Schweiz beurteilt, antwortet er ohne zu zögern: «Als Mitglied in den Leitungsorganen von IWF und Weltbank spielen wir in der ersten Liga».

Einfluss und Nutzen

In der Weltbank konnte die Schweiz direkter Einfluss nehmen, «indem sie darauf pochte, dass die Interessen der Bevölkerung und der Umwelt bei den Projekten der Bank berücksichtigt werden», erklärt Michel Mordasini. Die Institution erweiterte ihr Tätigkeitsgebiet im Laufe der Jahre von

Infrastrukturinvestitionen auf verschiedene Formen der Armutsbekämpfung. Die Weltbank hat soziale und ökologische Standards entwickelt, «an denen sich heute sogar NGOs orientieren», sagt Jean-Daniel Gerber.

Mark Herkenrath, Experte für internationale Finanzmärkte bei Alliance Sud³, räumt ein, dass «der IWF und die Weltbank nicht mehr so schlecht sind wie früher». Er befürchtet jedoch, dass die Weltbank ihre eigenen Standards, die er gut findet, nicht mehr immer konsequent einhält, damit Projekte durchkommen. In ihren Stellungnahmen versucht die Schweiz, hier Gegensteuer zu geben.

Der Sitz im Exekutivrat der beiden Institutionen ist wichtig, um die politische Ausrichtung mitbestimmen zu können. Es gibt aber noch viele andere Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. «Wenn ein Finanzierungsprojekt auf dem Tisch der Exekutivdirektoren liegt, ist es so gut wie durch», sagt ein Insider. Die Positionen werden also im Vorfeld

Finanzen und Steuern: Schweizer Know-how

Zwei wichtige multilaterale Instrumente haben das Fachwissen der Schweiz im Finanz- und Steuerbereich in Anspruch genommen: Beim ersten handelt es sich um das 2001 geschaffene Instrument PEFA (Public Expenditure and Financial Accountability) zur Analyse der öffentlichen Finanzen und der finanziellen Transparenz¹. Das zweite Instrument, die Initiative FIRST (Financial Sector Reform and Strengthening Initiative)², bietet Unterstützung bei Reformen im Finanzsektor. In beiden Fällen geht es darum, den interessierten Staaten Experten und Analysten zur Verfügung zu stellen, die ihnen helfen, die internationalen Standards im Bereich Transparenz und Gouvernanz zu erfüllen. Diese Standards tragen namentlich zur Bekämpfung von Korruption und Armut bei.

Die Empfängerländer standen häufig vor der Herausforderung, dass zahlreiche Geber von ihnen Revisionen und Bilanzen verlangten. Gemäss einem Blog des Internationalen

Währungsfonds (IWF) zum Thema PEFA mussten die afrikanischen Länder 2003 durchschnittlich 4,3 Bilanzen pro Jahr für verschiedene Partner erstellen, in Niger waren es sogar deren elf. Monica Rubiolo, Ressortleiterin Makroökonomische Unterstützung beim SECO und Vertreterin der Schweiz im Führungsgremium der beiden Strukturen, ist der Ansicht, dass ein beträchtlicher Teil der Ressourcen dieser Länder durch die fehlende Koordination verschlungen wurde. Beide Instrumente, PEFA und FIRST, sollen die Kontrollen standardisieren und harmonisieren, die technische Unterstützung auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausrichten und den Ländern gleichzeitig helfen, ihre Ziele zu erreichen. Im Rahmen von FIRST konnten über 70 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen begleitet werden (z.B. Stärkung des Finanzsektors in Ruanda und des Bankensektors in Liberia und Honduras). PEFA kam in über 140 Ländern in der ganzen Welt (auch in der Schweiz) zum Einsatz.

Die beiden Programme stehen unter der Schirmherrschaft der Weltbank, sind aber unabhängig.

Monica Rubiolo erklärt sich den Erfolg dieser Strukturen mit ihrer geringen Grösse und ihrer Flexibilität. «Die Weltbank hat die Idee der PEFA lanciert und uns aufgrund unserer praktischen Erfahrung kontaktiert», sagt sie. «Unsere Beteiligung an FIRST basiert auf denselben Kriterien, und unser Land gehört zum Kern der sieben Geberländer.» Weltbank und IWF sind Partner der beiden Programme. Wäre die Schweiz auch als Nicht-Mitglied angefragt worden? «Hier spielte eher die Präsenz der Schweiz in den Lenkungsorganen der beiden Institutionen eine Rolle, aber nur zur Hälfte. Für die andere Hälfte war unser Know-how ausschlaggebend. Zudem gilt die Schweiz als «ehrlicher Makler» ohne versteckte Agenda. Durch die Beteiligung kann unser Land den internationalen Austausch pflegen und daraus lernen, auch für ihre eigenen bilateralen Programme.» III

¹ <http://www.pefa.org/>

² <http://www.firstinitiative.org/index.cfm>

ausgehandelt. «Die Persönlichkeit unserer Vertreter hat einen enormen Einfluss», ist Daniel Kaeser überzeugt, der nicht mehr involviert ist und deshalb mit einem gewissen Abstand urteilen kann. «Die Vorbereitungen für die Verhandlungen sind enorm wichtig, dies beinhaltet auch die Beziehungen mit dem Führungsstab der Institutionen».

Dieses Engagement unseres Landes «verleiht dem hohen Stellenwert, welchen die Schweiz dem Multilateralismus in der internationalen Gouvernanz einräumt, die nötige Glaubwürdigkeit», ist Michel Mordasini überzeugt. «Zudem wirkt sich die Beteiligung auch wirtschaftlich positiv aus: Für jeden Franken im Rahmen der obligatorischen Beiträge an die multilateralen Partnerinstitutionen kaufen diese in der Schweiz Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 1.20 bis 1.50 Franken.» ||

² <http://www.sif.admin.ch/dokumentation/00514/00519/00567/index.html?lang=de>

³ Alliance Sud ist die Dachorganisation der grossen Hilfswerke (Helvetas, Swissaid, Brot für Alle, Fastenopfer, Heks und Caritas).

IN KÜRZE

Montreux empfängt die Stimmrechtsgruppe der Schweiz zum 20-jährigen Jubiläum

Die Mitglieder der Schweizer Stimmrechtsgruppe im IWF und in der Weltbank feierten am 7. und 8. September in Montreux das 20-jährige Bestehen der Gruppe. Die Jubiläumsfeier fand im Rahmen eines Arbeitstreffens statt, das die Stimmrechtsgruppe vor jedem «Entwicklungsausschuss» organisiert. In diesem Ausschuss beraten sich zweimal jährlich die Gouverneure von Weltbank und IWF, d. h. die zuständigen Minister oder Notenbankchefs aller Mitgliedsländer. Die Tagung findet alle zwei Jahre in einem Mitgliedsland der Gruppe statt. Das Treffen stärkt die Beziehungen zum Management der Weltbank und des IWF, aber auch jene zwischen den Mitgliedern der Stimmrechtsgruppe. Die Austragung des diesjährigen Treffens in der Schweiz hat aufgrund des 20-jährigen Jubiläums auch symbolischen Charakter.

Ernennungen bei der Weltbank

Die Internationale Finanz-Corporation (IFC), die Teil der Weltbank ist, hat zwei Schweizer Staatsangehörige in leitende Positionen berufen. Eva Mennel wurde Stellvertretende Direktorin Human Relations, Wolfgang Meyer Direktor des Sektors Marktentwicklung.

Zehn Jahre UNO-Mitgliedschaft der Schweiz

«Wir waren noch nie so nahe daran, die Armut vollständig zu beseitigen»

INTERVIEW Das Verhältnis zwischen Joseph Deiss und der UNO könnte man als lange Liebesgeschichte bezeichnen. Als Bundesrat und Chef des Aussendepartements setzte er sich mit Leidenschaft für den Beitritt der Schweiz ein, 2010-2011 präsidierte er dann die UNO-Generalversammlung. Mit Blick auf die Zukunft betont der Freiburger, dass das gemeinsame Engagement im Konzert der Nationen wichtig sei.

Welche besonderen Stärken kann die Schweiz im Bereich Entwicklung in der UNO einbringen? Und inwiefern profitiert die Schweiz von der UNO?

Die Beseitigung der Armut ist heute die wichtigste Herausforderung der Menschheit. Armutsbekämpfung steht deshalb im Zentrum des umfassendsten Aktionsprogramms der Völkergemeinschaft, namentlich durch die Millenniumsentwicklungsziele. Die UNO kann als einzige multilaterale Organisation alle Energien bündeln, die zur Verwirklichung dieses Ziels notwendig sind. Die Ausmerzung der Armut ist aber auch eine Voraussetzung dafür, dass die UNO ihre übrigen grossen Ziele erreichen kann: Friede, Sicherheit und heute auch Nachhaltigkeit. Die Schweiz kann als eine der stabilsten Demokratien und eine der 24 grössten und wohlhabendsten Volkswirtschaften der Welt viel dazu beitragen. Doch das Interesse der UNO gilt nicht in erster Linie der Finanzkraft und dem wissenschaftlichen, technologischen oder institutionellen Know-how unseres Landes. Entscheidend ist das Bewusstsein aller Länder, dass es wichtig ist, sich mit vereinten Kräften für ein gemeinsames übergeordnetes Ziel einzusetzen.

Immer wieder wird kritisiert, das UNO-System sei schwerfällig, teuer und nicht immer effizient. Was sagen



Joseph Deiss: «Was zählt, ist der Wille aller Nationen für gemeinsame Ziele und Interessen einzustehen.»

Foto: UNO

Sie als ehemaliger Bundesrat und Präsident der UNO-Generalversammlung dazu?

Dem Argument, die UNO sei schwerfällig, halte ich entgegen, dass es für ein Entwicklungsland auch sehr kompliziert ist, mit einer Vielzahl von Partnern bilaterale Hilfsprojekte abzuwickeln. Jeder Partner hat eigene Grundsätze und Ansichten zu den Methoden und zu den Voraussetzungen, die ein Land erfüllen muss, um Entwicklungshilfe in Anspruch nehmen zu können.

Vor dem UNO-Beitritt der Schweiz standen gerade die Verfechter der bilateralen Hilfe dem multilateralen Ansatz nicht unbedingt positiv gegenüber, da die bilaterale Hilfe der Schweiz als wirksam und gut kontrollierbar gilt. Wie sehen Sie dies heute?

Es braucht zweifellos beides, und es ist nicht sinnvoll, die beiden Ansätze gegeneinander auszuspielen. Bilaterale Hilfe ist notwendig, vor allem weil die Geber motivierter sind, wenn sie

wissen, wo ihr Geld genau hingehet. Es braucht aber auch multilaterale Hilfe, weil viele Aufgaben und Herausforderungen nicht durch Aktionen einzelner Länder zu bewältigen sind. Beide Ansätze sind wirksamer, wenn sie koordiniert werden. Eine Gefahr bei der bilateralen Hilfe besteht darin, dass sie für innenpolitische Ziele instrumentalisiert wird. Ein Beispiel dafür ist die Forderung gewisser politischer Parteien, die Hilfe an Bedingungen zu knüpfen, etwa die Zusammenarbeit bei der Rückführung von Asylsuchenden.

Die Schweiz engagiert sich stark für die Reform der Institutionen und insbesondere dafür, dass diese schlanker werden. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen oder Risiken?

Dies ist zweifellos der Bereich, in dem wir mit unseren eigenen Erfahrungen den Beweis für die Formel von Frederic Mishkin erbracht haben: «The right institutions make a country rich». Ich halte dieses Thema für zentral und kann das Schweizer Engagement in diesem Bereich nur unterstützen. Aber Achtung: Es gibt nicht nur eine richtige Lösung, und man muss auch die historischen, kulturellen, geografischen, gesellschaftlichen und anderen Gegebenheiten des jeweiligen Orts berücksichtigen. Wir müssen deshalb nicht unbedingt unsere Institutionen auf die Empfängerländer übertragen, sondern das Prinzip an sich. Neben der Gefahr eines «one size fits all» gilt es auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass wir in einem unsichtbaren Bereich tätig sind, denn Veränderungen in der Funktionsweise einer Gesellschaft sind schwieriger zu messen als Kubikmeter Beton oder Quadratmeter Teer.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen den beiden multilateralen «Schwerewichten» UNO und Weltbank?



Alt Bundesrat Joseph Deiss und UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon diskutieren an der 66. UNO-Generalversammlung, New York, 12. September 2011.

Foto UNO/Evan Schneider

Ich glaube, man ist sich heute bewusst, dass es eine Koordination und Zusammenarbeit braucht. Der UNO-Generalsekretär lädt die Verantwortlichen der grossen multilateralen Entwicklungsorganisationen regelmässig zu Treffen ein, sowohl UNO-Organisationen als auch unabhängige Hilfswerke.

Die Schweiz ist in der multilateralen Hilfe sehr aktiv. Müssen die Schweiz und die UNO im Entwicklungsbereich noch enger zusammenarbeiten?

Ich bin sehr glücklich darüber, dass die Schweiz der multilateralen Hilfe einen hohen Stellenwert einräumt. Die Qualität der Zusammenarbeit ist natürlich zentral. Doch es ist auch Aufgabe der UNO, Tendenzen zu Streitigkeiten zwischen Entwicklungs- und Geberländern zu vermeiden, wie sie häufig auftreten, wenn grosse Summen im Spiel sind. In der UNO

muss das Bewusstsein reifen, dass die Armutsbekämpfung im Interesse aller liegt und eine gemeinsame Aufgabe der Völkergemeinschaft ist.

Im September 2010 beurteilten Sie die Bilanz für die Millenniumsentwicklungsziele als durchzogen. Besteht Ihres Erachtens noch Hoffnung, dass die Ziele erreicht werden?

Ja, es braucht zusätzliche Anstrengungen. Ich habe aber auch auf die bemerkenswerten Erfolge hingewiesen, die bereits erzielt wurden. In diesem Punkt gab mir auch der letzte «Global Monitoring Report 2011»¹ der Weltbank und des IWF recht: Laut diesem Bericht wurde das erste Millenniumsentwicklungsziel, die Halbierung der extremen Armut, global gesehen schon 2010 erreicht. 1990 mussten 1,8 Milliarden Menschen mit weniger als 1.25 Dollar pro Tag auskommen, heute sind es noch 883 Millionen. Lediglich 17 Länder liegen nicht im Zeitplan.

Deshalb bin ich nicht nur überzeugt, dass die Millenniumsentwicklungsziele erreicht werden, sondern auch, dass die Armut besiegt werden kann. Wir müssen über 2015 hinausdenken. Wir können nicht der verbleibenden Hälfte armer Menschen sagen, dass wir uns mit dem Erreichten zufrieden geben. Ich bin überzeugt, dass nie zuvor in der Menschheitsgeschichte ein so grosses Potenzial bestand und dass wir noch nie so nahe daran waren, die Armut ganz zu beseitigen. Allerdings – und hier setzt das UNDP in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung 2011 den Schwerpunkt – muss das Ganze auch nachhaltig sein. Das ist im Moment noch nicht der Fall. Hier liegt die zweite grosse Herausforderung.

Was ist heute in der Schweiz von den Befürchtungen übrig geblieben, die zur Zeit der Abstimmung über den UNO-Beitritt bestanden (Verlust der Neutralität, erster Schritt in die EU, Kosten)?

Keine der Gefahren, die die Gegner damals in teilweise drastischen Farben an die Wand malten, ist eingetreten. Nie zuvor konnte die Schweiz ihre aussenpolitischen Grundsätze – Menschenrechte, Neutralität, Universalität – so wirksam, selbstbestimmt und glaubwürdig umsetzen. ||

IMPRESSUM

Herausgeber:
Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Redaktionelle Mitarbeit:
Michel Bühner, Antoinette Prince

Layout:
Marc Dubois, Lausanne
marc@mdvr.ch

Übersetzung aus dem Französischen:
EDA

Olivier Bürki
Leiter Abteilung Globale Institutionen DEZA
olivier.burki@deza.admin.ch

Christoph Jakob
Programmbeauftragter Abteilung
Globale Institutionen DEZA
christoph.jakob@deza.admin.ch

Philippe Sas
Leiter Sektion a. i. Multilaterale Zusammenarbeit
SECO
philippe.sas@seco.admin.ch

¹ «Improving the Odds of Achieving the MDGs» (<http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:23111844-pagePK:64165401-piPK:64165026-theSitePK:476883,00.html>)